



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Juni 2021  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **P 260 Postulat Estermann Rahel und Mit. über regionale und CO<sub>2</sub>-arme Lebensmittel in kantonalen Institutionen verwenden / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.  
Rahel Estermann hält an ihrem Postulat fest.

Rahel Estermann: Mehr regionale und CO<sub>2</sub>-arme Produkte in den kantonalen Institutionen und damit Emissionen sparen und auch noch einen Absatzmarkt für unsere Luzerner Landwirtschaft schaffen, das wollen wir alle. Auch der Kanton will das, er will ein Vorbild in diesem Bereich sein, das hat er schon mehrmals gesagt und auch in der Stellungnahme bekräftigt. Das freut mich, aber ich bin über den Antrag auf Ablehnung wegen Erfüllung sehr erstaunt. Der Regierungsrat und ich wollen das Gleiche, aber schätzen es anders ein, ob das Ziel schon erreicht wurde. Es ist recht verwunderlich, dass die Regierung auf diese Frage innerhalb von fünf Monaten zu einer völlig unterschiedlichen Antwort kommt. Während sie beim Postulat von einer Ablehnung wegen Erfüllung spricht, schreibt die Regierung im Klimabericht vom Januar 2021 auf Seite 118: «Die Beschaffung von klimagerechten Produkten und Dienstleistungen ist bereits heute möglich. Es bestehen aber noch keine verbindlichen Vorgaben dazu im Kanton Luzern.» Daraus abgeleitet ist die Massnahme auf Seite 121: «Sicherstellen einer nachhaltigen Gastronomie und Verpflegung in den selbst betriebenen Mensen der Mittel-, Berufs- und Hochschulen, weitere Klimaziele in Leistungsvereinbarung von Kantinenbetreibern integrieren», dies als Massnahme irgendeinmal zu erfüllen ab sofort bis 2050. Mein Postulat will genau das Gleiche: «In ausgelagerten Mensabetrieben soll der Kanton in den Vereinbarungen die Verwendung von regionalen und CO<sub>2</sub>-armen Produkten festschreiben. In ausgelagerten kantonalen Institutionen und anderen öffentlichen Betrieben, beispielsweise Hochschulen, soll der Kanton im Rahmen seiner Miteigentümer- beziehungsweise Trägerschaft die Verwendung entsprechender Lebensmittel verlangen.» Ich bin verwirrt, wieso diese Forderung jetzt plötzlich erfüllt sein soll. Die Stellungnahme der Regierung liefert mir darauf keine befriedigende Antwort. Viel Interessantes wird erwähnt, auf einige Punkte des Postulates wird jedoch gar nicht eingegangen. Zum Beispiel werden kurz die Luzerner Kantonsschulen erwähnt. Es gibt ein Label, was gut ist, der Kanton schreibt jedoch selbst, die Klimaschutzkriterien müssten später noch definiert werden. Auf alles ausserhalb der Kantonsschulen, zum Beispiel die Justizvollzugsanstalten, das Luzerner Kantonsspital oder die Hochschulen, geht die Antwort nicht ein. An der Universität gibt es eine gute Entwicklung, die Nachhaltigkeit erhält einen höheren Stellenwert, aber diese Entwicklung basiert nicht darauf, dass der Kanton dies gewollt hätte, denn er hat von unserer Universität noch nie eine Nachhaltigkeitsstrategie eingefordert. Auf den Punkt der regionalen Landwirtschaft geht die Stellungnahme überhaupt nicht ein. Es ist unklar, welche Auswirkungen die Nachhaltigkeitslabels auf die Luzerner Landwirtschaft haben. Woher kommen die

Lebensmittel mit einem Nachhaltigkeitslabel? Ich war heute auf der Seite von «One two we» und sah dort eine Banane, die sicher nicht von einem der Höfe unserer Bauern stammt. Statt auf die Forderungen des Postulats einzugehen, drehen sich Dreiviertel der Stellungnahme um Themen, welche das Postulat gar nicht anspricht, nämlich um die Weiterbildung und den Stand in Kantinen, welche gar nicht dem Kanton gehören. Zudem geht die Antwort ausführlich auf den Aspekt der Gesundheit ein, was zwar interessant zu lesen ist, aber in meinem Postulat kommen die Wörter Gesundheit oder gesund kein einziges Mal vor. Wie man aufgrund dieser Ausführungen zum Schluss kommen kann, dass die Forderungen des Postulats erfüllt sein können – nämlich verbindliche Massnahmen für regionale und CO<sub>2</sub>-arme Lebensmittel –, ist mir schleierhaft. Der Klimabericht der Regierung widerlegt diese Behauptung gleich selbst. Im Sinn dieses Berichtes und im Namen der G/JG-Fraktion beantrage ich Ihnen die Erheblicherklärung dieses Postulats.

Thomas Meier: Auch ich muss mich an der Nase nehmen, ich habe nämlich für heute und morgen das Fleischmenü ausgewählt. Aber das ist gerade das Schöne dabei: Ich hatte nicht nur zwischen den fleischlosen Varianten Vegi 1 und Vegan 2 die Auswahl. Bei der Ausgestaltung eines restriktiven Menüplans mit wenig Fleisch und mehr pflanzlichen Produkten besteht die Gefahr, dass die Schüler und die Kantinenbesucher auf andere Restaurants ausweichen. Die Häftlinge im Gefängnis können dies natürlich weniger. Damit ist niemandem geholfen. Zudem bin ich der Meinung, dass es auch eine Bevormundung unserer ausgebildeten Köche und Küchenchefs ist, welche in diesen Institutionen ihren Beruf mit Stolz ausüben. Sicherlich ist es besser, wenn in den öffentlichen Kantinen die Menüpläne so gestaltet sind, dass weniger häufig Fleisch zum Zuge kommt zugunsten von qualitativ besserem, sicher auch teurerem Fleisch aus lokaler Produktion. Weiter zeigt die Regierung in ihren Antworten auf, dass sie sehr bemüht ist und mit diversen Programmen wie «Fourchette verte – Ama terra» oder «One two we» ein Augenmerk auf Nachhaltigkeit und das Tierwohl legt. Aus all diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion das Postulat einstimmig ab.

Hanspeter Bucheli: Regional und CO<sub>2</sub>-arm soll die Ernährung aus der Mensa sein. Das tönt sicher gut und ist auch für das Klima förderlich, klammert aber elementare ernährungsphysiologische Kriterien aus. Gerade für Schüler und Studenten, die vermehrt und in Zukunft noch mehr in der Schule verpflegt werden, ist es von ausserordentlicher Bedeutung, dass die Nährstoffe hochwertig und im richtigen Verhältnis zusammengesetzt sind. Besonders hervorzuheben ist eine bedarfsgerechte und hochwertige Proteinversorgung, sofern wir eine optimale Entwicklung unserer Jugendlichen und Kinder anstreben. Ich gehe davon aus, dass das niemand infrage stellt. Wir wissen auch, dass wir mit Zucker und Salz allgemein übertversorgt sind, während es uns an Eisen und Vitamin B12 des Öfteren mangelt. Solche gewohnheitsbedingten Fehlentwicklungen sollten wir im Auge behalten. Eine Ernährung, die nur die Regionalität und CO<sub>2</sub>-Emissionen berücksichtigt, kann keine zukunftsorientierte Ernährungsstrategie sein. Ich bin sogar der Meinung, dass das verantwortungslos, ja sogar fahrlässig gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen ist. Im Bewusstsein, dass die Ernährungswirtschaft sicher in Bezug auf den ökologischen Fussabdruck Verbesserungspotenzial hat, sollten wir hier ganzheitlicher ans Werk gehen und nicht nur zwei Kriterien herauspicken, die zu einseitigen Schlüssen führen. Die CVP-Fraktion geht mit der Regierung einig, die sich an die Ernährungspyramide der Schweizerischen Gesellschaft für Ernährung hält und das Postulat wegen Erfüllung ablehnt. Ich bitte Sie, dies auch zu tun.

Andy Schneider: In der Stellungnahme der Regierung wird darauf hingewiesen, dass der Kanton Luzern auf verschiedenen Ebenen Anstrengungen unternimmt, um in kantonalen Institutionen regionale und CO<sub>2</sub>-arme Lebensmittel zu verwenden. Doch reicht dies? Die Regierung beantragt, das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen. Das kann ich nicht nachvollziehen, und es befremdet mich sehr. Im Bericht zur Klima- und Energiepolitik des Kantons, welcher zurzeit in Bearbeitung ist, wird im Bereich Landwirtschaft die klimaschonende Ernährung als Massnahme festgehalten. Mittels Information möchte der Regierungsrat die Ernährung thematisieren, um Anpassungen bei der Produktionsstruktur

und dem Konsumverhalten angehen zu können. In den Klimaschutzmassnahmen Vorbild Kanton Luzern wird im Bericht auf Seite 121 Folgendes erwähnt: «Sicherstellen einer nachhaltigen Gastronomie und Verpflegung in den selbst betriebenen Mensen der Mittel-, Berufs- und Hochschulen, weitere Klimaziele in Leistungsvereinbarung von Kantinenbetreibern integrieren.» Die gesamte Umsetzungsdauer wird dann auch von heute bis 2050 aufgeführt. Warum führt der Kanton diese Massnahmen noch auf, wenn sie gemäss Regierungsrat bereits erfüllt sind? Das ist ein Widerspruch. Die Glaubwürdigkeit steht hier auf dem Spiel. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Sandra Meyer-Huwyler: Die Ansätze des Postulats gehen eigentlich in die richtige Richtung: saisonale, regionale Menüs anbieten und kurze Transportwege berücksichtigen, damit auch unsere lokale Landwirtschaft und das Gewerbe unterstützt werden. Aber es ist falsch, die Bevölkerung zu bevormunden und ihr Essgewohnheiten abzugewöhnen, wie zum Beispiel weniger Fleisch und mehr pflanzliche Produkte, dies auch, wenn allenfalls die Massnahmen nur in kantonalen Institutionen ergriffen werden. Aber Anreize zu schaffen für eine ausgewogene Ernährung, wie es der Kanton Luzern macht, finden wir gut. Mir persönlich ist die Lebensmittelpyramide seit über drei Jahrzehnten bekannt, und diese sieht noch genau gleich aus wie damals. Weniger Zucker, Salz, Öl, Fleisch, mehr Gemüse, Früchte und Hülsenfrüchte. Die Entwicklung geht in diese Richtung, aber schrittweise und ohne Zwang. Darum wird die SVP-Fraktion der Regierung folgen und das Postulat ablehnen.

Riccarda Schaller: Die Ernährung spielt eine wichtige Rolle für unsere Gesundheit und auch für unsere Umwelt. Es ist darum auch absolut sinnvoll, dass man ein gesundes, regionales und umweltfreundliches Angebot antrifft, wenn man in kantonalen Institutionen isst. Das Anliegen des Postulats ist wichtig und sinnvoll, und inhaltlich trägt die GLP dieses mit. Die GLP ist aber auch der Ansicht, dass das Thema bereits auf der politischen Agenda angekommen ist und das Postulat im Moment in dieser Form keinen echten Mehrwert bringt. Nebst dem, dass der Kanton bereits im Rahmen der Leistungsvereinbarungen gewisse Umweltkriterien anwendet, ist die ökologische Ernährung auch ein fester Bestandteil des Klimaberichtes. Die GLP geht davon aus, dass die Regierung im Rahmen des Klimaberichtes die Ernährungsziele des Postulats aufnimmt und für alle Institutionen eine ökologische Ernährung im Angebot hat. Sollte dies nicht der Fall sein, könnte die Zeit dieses Postulats noch kommen. Entsprechend empfiehlt die GLP im aktuellen Kontext die Ablehnung wegen Erfüllung.

Samuel Zbinden: Mich erstaunt die Diskussion ein wenig, welche wir hier führen. Es ist ein wenig einfach, wenn man bei jedem Vorstoss der G/JG-Fraktion von einem «Zwang» spricht. Inwiefern ist dieser Vorstoss ein Zwang? Es geht darum, dass die Mensen in den Kantonsschulen und in anderen kantonalen Institutionen ihren Menüplan so gestalten, dass dieser im Einklang mit unseren Klimazielen steht. Es kommt niemand zu Ihnen nach Hause und nimmt Ihnen das Fleisch weg. Aber wenn die empfohlene Menge Fleisch pro Woche aus gesundheitlicher und klimatischer Sicht viel tiefer ist, als das, was heute in den Mensen angeboten wird, dann müssen wir dies ändern. Auch wenn viel zu wenig regionale Nahrungsmittel in den Mensen angeboten werden, müssen wir dies ändern. Das ist kein Zwang, sondern gesunder Menschenverstand. Insbesondere im Hinblick auf die Debatte, welche wir in den letzten Monaten über die beiden Agrarinitiativen geführt haben, erstaunt mich diese Position besonders. Ich habe in den letzten Monaten von bürgerlichen Vertreterinnen und Vertretern immer wieder gehört, dass mit den beiden Initiativen die regionale Produktion geschwächt werde und es zu mehr Importen kommen würde. Die Grünen und Jungen Grünen wurden aufgefordert, wir sollten uns endlich einmal für eine lokale und regionale Produktion einsetzen. Dieser Vorstoss ist ein Paradebeispiel dafür. Er würde nicht wahnsinnig viel Geld kosten, er schränkt niemanden zu Hause in seinem Fleischkonsum ein, und er ist absolut vernünftig, und jetzt wird trotzdem von einem Zwang gesprochen. Ich bitte Sie, Vernunft walten zu lassen und diesem pragmatischen Vorstoss zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Eine ausgewogene kinder- und jugendgerechte Verpflegung ist schon

länger ein Thema in der Gesellschaft, immer stärker auch unter der Berücksichtigung ökologischer Aspekte. Bereits im Rahmen des Programms «Ernährung und Bewegung» gibt es Weiterbildungsangebote, um Betriebe, die Kinder und Jugendliche verpflegen, darin zu unterstützen, Mitarbeitende von Kindertagesstätten, Mittagstischen und Mensen oder Tagesfamilien sensibilisiert und professionell zu schulen. Einen weiteren Anreiz schafft das Label «Fourchette verte – Ama terra». Es zeichnet Betriebe aus, die bestimmte Qualitätsstandards für eine ausgewogene kindergerechte und nachhaltige Verpflegung erfüllen. Die Kantinenbetreiberin der Luzerner Kantonsschulen wendet bereits heute ein Klimaschutzprogramm an. Ich gebe der Postulantin recht, dass wir nicht explizit zu allen ausgelagerten Einheiten oder kantonalen Institutionen Stellung genommen haben. Wir werden aber auf dieses Thema zurückkommen, denn dieses ist im Entwurf des Planungsberichtes Klima und Energie erwähnt, welcher jetzt in der Vernehmlassung war. Unser Ziel ist es, auch künftig verstärkt nachhaltige und ausgewogene Ernährungsangebote an Institutionen des Kantons anzubieten. Damit meine ich aber nicht eine fleischlose Ernährung, wie das von einigen befürchtet wurde. Wir sprechen von einer ausgewogenen Ernährung, wie in der Lebensmittelpyramide dargestellt. Wir sehen darin eine Chance für die Gesundheitsförderung, aber auch für den Klimaschutz, die regionale Land- und Ernährungswirtschaft und die regionale Wertschöpfung. Die Zielsetzungen des Postulats sind – wenn auch vielleicht nicht in allen ausgelagerten Einheiten – in Umsetzung oder bereits umgesetzt. In diesem Sinn bitte ich Sie, dem Antrag der Regierung zu folgen und das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen. Wir kommen sicher im Rahmen des Planungsberichtes Klima und Energie auf dieses Thema zurück.

Der Rat lehnt das Postulat mit 72 zu 27 Stimmen ab.